

Betreuungs- und Unterbringungsverfahren

für die Praxis der Gerichte, Anwälte,
Behörden und Betreuer

von

Dr. Martin Probst

Richter am Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht
in Schleswig

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter:
[ESV.info/3 503 08745 1](http://ESV.info/3_503_08745_1)

ISBN-13: 978 3 503 08745 7

ISBN-10: 3 503 08745 1

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Druckhaus Berlin-Mitte
Buchbinderei: Lehmann + Stein, Berlin

Vorwort

„Hilfe statt Bevormundung“ versprochen das 1992 in Kraft getretene Betreuungsrecht und das gleichzeitig reformierte Unterbringungsverfahrenrecht.

Ob ein derartiges Versprechen eingehalten kann, hängt von vielen Faktoren ab: von der Akzeptanz Schwächerer durch Staat und Gesellschaft sowie den richtigen Grundentscheidungen des materiellen Betreuungs- und Unterbringungsrechts, von der notwendigen sozialen Infrastruktur und den notwendigen finanziellen Ressourcen, von der richtigen Schulung und Intention der Rechtsanwender, aber auch von einem Verfahrensrecht, das den Schwächeren achtet und es überhaupt erst ermöglicht, zu sachgerechten Entscheidungen zu gelangen. Ergebnis der sozialen Dynamik von Betreuungs- und Unterbringungsrecht ist es, dass – obgleich Bestandteil des Verfahrens der Freiwilligen Gerichtsbarkeit – zwischenzeitlich von einem eigenständigen Recht des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens gesprochen werden kann.

Dessen konzentrierte Darstellung steht im Zentrum dieses Buches, das sich gleichermaßen an Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte richtet wie an Lehrende und Studierende in Universitäten und Fachhochschulen, an Betreuerinnen und Betreuer, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betreuungsbehörden, Betreuungsvereinen, Gesundheitsbehörden und Kliniken sowie an rechtlich interessierte Laien. Neben der Darstellung der verfahrensrechtlichen Strukturen, Rechte, Situationen und – auch praktischen – Fragen nicht vergessen werden jedoch die notwendigen Bezüge zum materiellen Recht sowie die Einordnung des geltenden Rechts in die rechtspolitische Entwicklung.

Insoweit beruht die Darstellung zum Teil auch auf Erfahrungen, die der Verfasser in einem Landesjustizministerium bei Begleitung und Umsetzung des (ersten) Betreuungsrechtsänderungsgesetzes 1998 und noch bei Konstituierung der zur Vorbereitung des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe Betreuungsrecht sammeln konnte. Ziel ist deshalb auch, den zumeist nur in bestimmten Segmenten des Betreuungs- oder Unterbringungsverfahrens tätigen Rechtsanwendern einen stärker konzeptionellen Blick auf die Gesamtheit des Betreuungs- und Unterbringungswesens zu ermöglichen und damit einen Blick auf die Rahmenbedingungen rechtlicher Entscheidungen.

Vorwort

Die Darstellung berücksichtigt bereits die durch das 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz eingetretenen Rechtsänderungen. Für eilige Leser empfiehlt sich insoweit der erste Überblick unter Abschnitt D. Die Diskussion um ein sich auf die Wahrung der Patientenautonomie konzentrierendes weiteres Betreuungsrechtsänderungsgesetz wird gestreift.

Literatur wurde in einer Auswahl berücksichtigt. Rechtsprechung – insbesondere auch diejenige des künftig leider fortfallenden Bayerischen Obersten Landesgerichts – wurde bis April 2005 ausgewertet. Im Anhang sind die wichtigsten aktuellen Vorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts auszugsweise abgedruckt. Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehme ich gerne entgegen.

Schleswig, im Mai 2005

Martin Probst

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort	5	
Abkürzungsverzeichnis	11	
A. Das Verfahren in Betreuungssachen	17	1–126
1. Zielsetzung und Grundstrukturen	17	1– 8
2. Sachliche und örtliche Zuständigkeit sowie Abgabe des Verfahrens	25	9– 12
3. Internationale Zuständigkeit und internationales Vormundschaftsrecht	29	13– 14
4. Aufgabenverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger	32	15– 18
5. Aufgabenverteilung zwischen Vormundschafts- gericht, Betreuungsbehörden und Bundesnotarkammer	38	19– 21
6. Betreuungsverfahren und Betreuungsalter- nativen: Vorsorgevollmacht, gesetzliche Vertretung durch Angehörige und „andere Hilfen“	44	22– 24
7. Beteiligte am Betreuungsverfahren und ihre Verfahrensrechte	48	25– 45
7.1 Rechtsstellung des Betroffenen	48	25– 31
7.2 Rechtsstellung naher Angehöriger und sonstiger nahestehender Personen	55	32– 33
7.3 Rechtsstellung der Betreuungsbehörde	59	34– 35
7.4 Rechtsstellung des Vertreters der Staatskasse ..	62	36
7.5 Rechtsstellung des Verfahrenspflegers	63	37– 41
7.6 Rechtsstellung des Betreuers	70	42– 45
8. Typische Verfahrensgestaltungen im erst- instanzlichen Betreuungsverfahren	76	46–114
8.1 Einrichtung einer Betreuung und Bestellung eines Betreuers	76	46– 59
8.1.1 Handlungsrahmen und Verfahrensgestaltung ..	76	46– 51
8.1.2 Sachverhaltsermittlung	82	52– 55
8.1.3 Betreuerbestellung	88	56– 59
8.2 Bekanntmachung und typische Neben- entscheidungen	93	60– 62

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
8.3 Abänderungsverfahren.....	96	63– 68
8.4 Eilmaßnahmen und einstweilige Anordnung ...	105	69– 76
8.5 Allgemeine Aufsicht des Vormundschafts- gerichts.....	113	77– 79
8.6 Besondere Aufsicht des Vormundschafts- gerichts durch Genehmigungsvorbehalte.....	118	80– 82
8.7 Besondere Aufsicht des Vormundschafts- gerichts im Bereich der Vermögenssorge	123	83– 85
8.8 Besondere Aufsicht des Vormundschafts- gerichts im Bereich der Personensorge	127	86–103
8.8.1 Genehmigung erbrechtlicher Willens- erklärungen	128	87
8.8.2 Genehmigung der Wohnungsauflösung und verwandter Rechtsgeschäfte (§ 1907 BGB).....	129	88– 90
8.8.3 Genehmigung gefährdender Heileingriffe (§ 1904 BGB)	132	91– 95
8.8.4 Genehmigung einer Sterilisation (§ 1905 BGB)	139	96– 97
8.8.5 Genehmigung von Unterbringungen und unterbringungsähnlichen Maßnahmen (§ 1906 BGB)	141	98–102
8.9 Aufwendungsersatz und Vergütung	148	103–113
8.9.1 Arten der Betreuerentschädigung	149	103–105
8.9.2 Verfahrenswege	159	106–108
8.9.3 Durchführung der Betreuerentschädigung	166	109–112
8.9.4 Entschädigung des Verfahrenspflegers	174	113
8.10 Ende und Abwicklung der Betreuung	177	114
9. Beschwerdeverfahren	179	115–122
9.1 Beschwerdebefugnis, Beschwerdearten und Beschwerdegegenstand	179	115–118
9.2 Verfahrensgrundsätze	184	119–121
9.3 Befristete Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers und Anhörungsrüge	190	122
10. Mitteilungen im vormundschaftsgerichtlichen Verfahren.....	191	123
11. Kosten	193	124–126
B. Das Verfahren in Unterbringungssachen	199	127–191
1. Zielsetzung und Grundstrukturen	199	127–128
2. Zuständigkeit sowie Abgabe des Verfahrens ...	203	129–132

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
3. Aufgabenverteilung zwischen den am Unterbringungsverfahren beteiligten Institutionen ...	208	133–134
4. Beteiligte am gerichtlichen Unterbringungsverfahren und ihre Verfahrensrechte	209	135–147
4.1 Rechtsstellung des Betroffenen	209	135–139
4.2 Rechtsstellung naher Angehöriger und sonstiger nahestehender Personen	213	140
4.3 Rechtsstellung von Behörden und Institutionen	215	141–142
4.4 Rechtsstellung des Verfahrenspflegers	218	143–147
5. Typische Verfahrensgestaltungen im erstinstanzlichen Unterbringungsverfahren	221	148–179
5.1 Verwaltungsverfahren	221	148–149
5.2 Gerichtliche Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme	223	150–158
5.2.1 Handlungsrahmen und Verfahrensgestaltung ..	224	150–151
5.2.2 Sachverhaltsermittlung	226	152–153
5.2.3 Gerichtliche Entscheidung	231	154–158
5.3 Bekanntmachung und typische Nebenentscheidungen.	238	159–161
5.4 Abänderungsentscheidungen	239	162–164
5.5 Vorläufige Unterbringung	241	165–171
5.6 Vollzug gerichtlicher Anordnungen und Genehmigungen im Unterbringungsverfahren. .	250	172–180
5.6.1 Vorführung, Zuführung und Organisation der Unterbringung	250	172–175
5.6.2 Zwangsbehandlung	258	176–180
6. Beschwerdeverfahren	265	181–187
6.1 Beschwerdebefugnis, Beschwerdearten und Beschwerdegegenstand	265	181–183
6.2 Verfahrensgrundsätze	270	184–186
6.3 Befristete Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers und Anhörungsrüge	275	187
7. Mitteilungen im Unterbringungsverfahren.	276	188
8. Kosten	277	189–192
C. Perspektiven des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens	281	193
D. Wichtige Rechtsänderungen des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes im Überblick.	285	194

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Anhänge: Wichtige Rechtsvorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts	287	
Anhang 1: Auszug aus dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichts- barkeit (FGG)	289	195
Anhang 2: Auszug aus dem Rechtspflegergesetz (RPflG)	311	196
Anhang 3: Auszug aus dem Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger (Betreuungsbehördengesetz – BtBG)	313	197
Anhang 4: Auszug aus der Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung –VRegV) . .	315	198
Anhang 5: Auszug aus dem Vormündervergütungs- recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)	319	199
Anhang 6: Gesetz über die Vergütung von Vor- mündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG) . .	323	200
Anhang 7: Auszug aus dem Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Personen des Landes Schleswig-Holstein (Psychisch-Krankengesetz – PsychKG)	331	201
Literaturverzeichnis	341	
Sachverzeichnis	347	